Nr. 130 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Mittwoch, den 10. Juni 1931

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen :—: tarifliche Ermäßigung. :—:

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 6. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Scharfer Wahlkampf in Spanien

Schulbau und Heeresverminderung das Kampfziel — Gegen die Einflüsse der Kirche Kommunistischer Kampf gegen die Sozialisten — Gute Aussichten der Sozialdemokratie

Madrid. In ganz Spanien ist der Wahlkampf in vollem Gange. Der Außenminister Lerroux hielt in Valencia eine große Wahlrede, in der er die Einrichtung von 30 000 neuen Schulen forderte, wobei die durch die Heeresverminderung entlassenen Offiziere als Lehrer angestellt werden könnten. Lerroux erklärte zum Schluß, daß er den bekannten Maniel Bartholoe Cissmo als Kandidaten für die spanische Präsidentschaft aufstellen werde.

Der Kriegsminister Azana sprach gleichfalls in Valencia in einer Massenversammlung vor 30 000 Zuhörern. Er forderte die Diktatur des verantwortlichen spanischen Volkes. Die Monarchie müsse rücksichtslos zur Rechenschaft gezogen werden, aber nicht vor den ordentlichen Gerichten, die möglicherweise nur kleine Strafen verhängen könnten, sondern vor dem Parlament, damit dieses, falls nötig, die Köpfe der Schuldigen fordern könne. Die bisherige Führerstellung der katholischen Kirche in Spanien müsse aufhören. — Auch die Kommunisten haben zahlreiche Wahlversammlungen einberufen, In Madrid forderte ein Kommunistenführer die Verteilung des Landes und den revolutionären Kampf gegen die Kirche. Die Arbeiter müßten bewaffnet werden. Zum Kampf gegen die Polizei müsse eine besondere Arbeitermiliz geschaffen werden. Gegen die Regierung sowie gegen die Sozialdemokratie müsse ein rücksichtsloser Kampf aufgenommen werden. Der Redner erntete großen Beifall.

Die Aussichten für die Einheitsfront der Republikaner und Sozialisten werden als günstig bezeichnet.



Botschafter v. Hoesch

der seit über sieben Jahren als Deutschlands Vertreter in Paris wirkt, wird am 10. Juni 50 Jahre alt. Botschafter v. Hoesch gilt als der beste Diplomat der deutschen Nachkriegszeit.

Berlin mit Chequers zufrieden

Der Anfang erfolgversprechend — Das Ziel der Aussprache erreicht — Eine Abfuhr an die Opposition — Gegen eine Aussprache im Reichstag — Weitere Verhandlungen folgen

Berlin. In hiesigen politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß der Besuch des deutschen Reichskanzlers und Reichsaußenminister in Chequers völlig seinen Zweck erreicht hat. Den Aeußerungen der oppositionellen Presse von der Ergebnislosigkeit der Unterredungen in Chequers wird an amtlicher Stelle entgegengehalten, daß schon immer vor übertriebenen Erwartungen und vor der Hoffnung auf endgültige Ergebnisse gewarnt und darauf hingewiesen worden ist, daß kein besonderes Programm und keine besondere Tagesordnung für die Unterhaltung in Chequers festgesetzt worden sind. Auch die Haltung der französischen Presse, die so stark gegen Chequers Stellung nimmt, beweist offensichtlich, daß Deutschland seinen Zweck erreicht hat. Besondere Bedeutung mißt man der Tatsache bei, daß Dr. Brüning und Dr. Curtius Gelegenheit hatten, nicht nur mit dem britischen Premierminister über die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu verhandeln, sondern, daß an diesen Verhandlungen auch der Handelsminister Graham und Sir Frederick Leith Goß aus dem Schatzamt und der Gouverneur der Bank von England Montague Norman, teilgenommen haben.

In diesem Zusammenhang wird an amtlicher Stelle die Forderung auf Einberufung des Reichstags als bedenklich bezeichnet. Die Regierung müsse jetzt ihre volle Handlungsfreiheit haben, um die in Chequers so günstig eingeleiteten Verhandlung fortführen zu können. Diese Handlungsfreiheit würde durch unfruchtbare Diskussionen im Parlament nur beeinträchtigt werden.

Gegenbesuch Hendersons in Berlin?

London. Zu den Chequers-Besprechungen meldet der „Evening Standart" auf Grund von besonderen Informationen, daß doch etwas erreicht sei. Das Zusammensein habe Brüning die Gelegenheit gegeben, mit aller Offenheit die Sache Deutschlands darzulegen. Man habe andererseits Hendersen und Macdonald die Möglichkeit gegeben, seine ernste Ansicht über die europäische Lage zu bilden. Beide Teile hätten auf diese Weise zu der Entscheidung kommen können, daß etwas geschehen müsse. Abgeschlossen seien die Verhandlungen nicht. Der französische Vorschlag einer internationalen Anleihe für Deutschland, für die Deutschland als Gegenleistung das Fallenlassen des österreichisch-deutschen Zollabkommens und den Verzicht auf Abrüstung und Revisionsforderungen hätte versprechen sollen, sei nicht erörtert worden. Man sei aber übereingekommen, daß Cherquers das Vorspiel zu internationalen Besprechungen sein solle. Man habe beschlossen, daß als ein erster Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles Henderson in seiner Eigenschaft als Präsident der Abrüstungskonferenz baldigst nach Berlin gehen solle. Dieses sei eines der greifbaren Ergebnisse des geheimnisvollen Wochenendes von Chequers.

Berichterstattung des Reichskanzlers in Neudeck

Berlin. Der Reichskanzler Dr. Brüning wird, wie die „DAZ" erfährt, die erste sich bietende Gelegenheit benutzen, um dem Reichspräsidenten ausführlich über die Reise nach England zu berichten. Er werde zu diesem Zweck um die Wende der Woche nach Neudeck fahren, allerdings so rasch wie möglich nach Berlin zurückkehren, da das Kabinett seine Beratungen beschleunigt fortsetzen solle.

Der Vatikan zur Ausweisung des Nuntius aus Litauen

Rom. Der „Osservatore Romano" hält es für seine Pflicht „einige falsche Meldungen hinsichtlich der Abreise des Monsignore Bartholoni aus Kowno zu berichtigen." Die litauische Regierung hat, nach dem „Osservatore Romano", den heiligen Stuhl vor einiger Zeit davon verständigt, daß ihr Nuntius nicht mehr Persona Grata sei. Der Heilige Stuhl habe darauf um Mitteilung der genauen Gründe ersucht. Die litauische Regierung habe das zuerst abgelehnt und sich dann auf sehr vage Andeutungen beschränkt. Kürzlich sei dann wieder um die Abberufung des Nuntius gebeten worden, aber stets ohne Angabe der angeblich vorliegenden Anschuldigungen. Dessen ungeachtet habe der Heilige Stuhl unter gleichzeitigem Protest am 5. Juni Msgr. Bartholoni telegraphisch aufgefordert, zur Berichterstattung nach Rom zu kommen. Die litauische Regierung habe statt dessen am selben Tage den Nuntius aufgefordert, Litauen ohne weiteres zu verlassen.

Es dämmert in Wien!

Ein Erfolg der österreichischen Sozialdemokratie.

Kurze telegraphische Nachrichten mußten zu berichten, daß der Direktor der österreichischen Bundesbahnen seinen Rücktritt erklärt hat, und daß gleichzeitig der Heeresminister Vaugoin in Ferien gegangen ist, von denen er, aller Voraussicht nach, in die jetzige Regierung nicht mehr zurückkehren wird. So wenig diese Nachrichten an sich bedeuten, so stellen sie in der Auswirkung einen ungeheuren Erfolg eines zähen Ringens der österreichischen Genossen gegen die klerikale Reaktion dar, die unter Führung der Vaugoin und Seipel steht. Der Fall Strafella war eine Kraftprobe, gegenüber der Regierung Schober, die von Seipel, mit Hilfe des Heeresministers, des „Würstelgenerals" Vaugoin, vollführt wurde. Damals, zwischen den letzten Nationalratswahlen und der neuen Regierungsbildung, unternahm Seipel—Vougoin den Schritt, auf „legalem" Wege den Heimwehrfaschismus in Oesterreich einzuführen, und gleichzeitig wurde der Schieber Strafella zum Bundesbahnpräsidenten nur deshalb ernannt, um die freigewerkschaftliche Eisenbahnorganisation zu vernichten, wie es Vaugoin durch Erpressungen und Schikane mit dem sozialdemokratischen Wehrverband getan hat. Die Sozialdemokratie sollte innerhalb der Staatsbeamten, der „Würstelsoldaten", ausgeschaltet werden, und den Segen dazu gab der streitbare Prälat Seipel, dessen Regime in der Regierung der Heeresminister Vaugoin besorgt hat.

Hier ist wiederholt dargelegt worden, wie man sich durch die Heimwehren die Vernichtung der Sozialdemokratie gedacht hat. Und man muß zugeben, es war eine harte Probe, auf welche unsere österreichischen Genossen gestellt wurden, man wollte den Republikanischen Schutzverband zu einer Offensive gegen die Heimwehren zwingen, nachdem dies nicht gelang, beschlagnahmte man Waffen, die früher zu Landesverteidigungszwecken, selbst vom Bundesheer, an den Schutzbund gegeben wurden, provozierte, um so nur Mittel in die Hand zu bekommen, schließlich, um die Sozialdemokratie unmöglich zu machen. Kurz vorher deckte die „Arbeiterzeitung" die Schiebergeschäfte des Landeshauptmanns Strafella auf, der vor Gericht als unsauber und unkorrekt bezeichnet wurde. Als die Regierung Schober durch Vaugoin gestürzt wurde, provozierte, man weiter und ernannte diesen Schieber, gegen alle Widerstände, in der Christlichsozialen Partei selbst zum Bundesbahnpräsidenten, lediglich zu dem Zweck, damit er unter dem Bundesbahnenpersonal den sozialdemokratischen Einfluß beseitige. Jetzt mußte Strafella gehen, weil auch die Großdeutschen und ein Teil des Schoberblocks, unmöglich einen Mann im staatlichen Dienst halten konnten, nachdem in zweiter Berufungsinstanz das Richterkollegium sich dem erstinstanzlichen Urteil anschloß, daß der Bundesbahnenpräsident unsauber und unkorrekt gehandelt habe, also gerichtlich festgestellt wurde, daß er ein Schieber ist, aber für die Seipelschen Christlichsozialen war er ein „Ehrenmann" und gegen die Sozialdemokratie, Vaugoins Vertrauensmann.

Man greife auf die Regierung des „Bundeskanzlers" Vaugoin zurück, als dieser zum Innenminister den jungen Hitlerhelden Starhemberg berief und dieser ruhig die These aufstellte, daß Köpfe im Sande rollen müssen, wobei man die Führung der österreichischen Sozialdemokratie, vor allem aber Breitner, Seitz und Bauer meinte. Nach einem heftigen Wahlkampf erlitten nicht nur die eHimwehren, sondern auch die Christlichsozialen, eine Niederlage, aber der Hinterkulissenarbeit Seipels gelang es, eine Regierung zu bilden, die noch einmal gegen die Sozialdemokratie eingestellt war, die stärkste Partei in Oesterreich von jedem Einfluß auf den Staatsapparat ausschalten wollte. Die Sozialdemokratie hatte den Frontkrieg nach zwei Seien zu führen, in der Opposition gegen die Regierung und im Lande selbst, gegen den Heimwehrfaschismus, der in jeder Beziehung vom Heeresminister unterstützt wurde. Nach der Wahlniederlage zersetzte sich der Heimwehrblock, Starhemberg mußte seine Bankerotterklärung mit der Niederlegung der Führung quittieren, und bei den Gemeindewahlen selbst, erlitt dieser „Fürst" eine neue Niederlage, die Nationalsozialisten und Hahnenschwänze sind zum Teil aus dem Gefahrenpunkt der Innenpolitik beseitigt. Aber in politischer Hinsicht ging der Kampf weiter. Vaugoin führte seinen hartnäckigen Kampf gegen alles, was nur irgendwie in den Verdacht kam, rot, also sozialistisch zu sein, sein getreuer Schildträger war

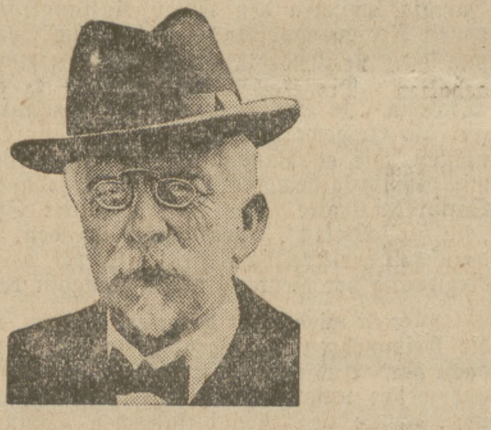
Strafella, der nun zur Strecke — wider den Willen der Christlichsozialen — gebracht ist.

Nach dieser Niederlage war des Bleibens des Heeresministers nicht mehr möglich, um die Katastrophe nicht als einen vollen Sieg der Oppositionsstellung der Sozialdemokratie gelten zu lassen, hat man zunächst die fällige Regierungskrise durch die Inurlaubschickung Vaugoins vorläufig verschoben. Die Großdeutschen sind aus der Regierung ausgeschifft, nachdem sie den christlichsozialen Plänen nach Abbau der Beamtengehälter nicht zustimmen konnten, die Krise kam bereits, als Schober noch in Genf die Zollunion verteidigen mußte und nun hat das Kabinett Ender die zweite Krise verkleistert, Vaugoin, den Störengeist Seipels, zunächst beseitigt. Mit Vaugoin verliert der österreichische Faschismus in der Regierung die stärkste Stütze und Seipel seinen Vertrauensmann, der nur auf seine Befehle hin handelte. Die Auswirkung dieser Krise im österreichischen Kabinett ist noch nicht zu übersehen, aber die Christlichsozialen haben eine Niederlage auf sich nehmen müssen, mußten die Waffen vor der Sozialdemokratie strecken. Das war nur möglich durch einen zähen Kampf, der sich schneckenartig vollzog und selbst in den Reihen der österreichischen Genossen oft den Eindruck erweckte, als wenn er nutzlos wäre.

Man kann den Abschluß der ersten Etappe dieses Kampfes nicht anders bezeichnen, als den Erfolg der Abwehr auf die sozialen Rechte der Arbeiterklasse. Dieser Erfolg war nur möglich, weil im Lande Wien die Sozialdemokraten die Mehrheit haben und von hier aus alle Frontangriffe abwehren können. Damit ist nicht gesagt, daß der Kampf bereits abgeschlossen ist, aber er ist ein neuer Beweis dafür, daß zähes Festhalten an der sozialdemokratischen Taktik, selbst in Zeiten schwerster Wirtschaftskrisen, von Erfolg begleitet sein kann. Zu der Initiative der deutschen Genossen auf ihrem Leipziger Parteitag gesellt sich der Erfolg der österreichischen Genossen gegen den Führer des Heimwehrfaschismus, und blicken wir um uns, so kann man die Feststellung machen, daß sich der Sozialismus allenthalben in der Offensive befindet. Gewiß ist der Kampf in Zeiten der Wirtschaftskrise immer ein ungleicher, aber er beweist auch, daß keine Ursache vorhanden ist, zu verzweifeln. Der Kampf geht fort, und wie das Wiener Beispiel beweist, er kann noch sieghaft abgeschlossen werden. Die Wiener Reaktion hat ihre Dämmerstunde, sie muß sich entschließen, den Kampf auszutragen, ob sie weiter die stärkste Partei im Staat mit Schikanen und Ausschaltung von der politischen Macht negieren kann. Und wir glauben, daß es nicht nur bei den Schoberleuten und den Großdeutschen dämmert, sondern es beginnt auch innerhalb der Christlichsozialen zu wetterleuchten. Seipel, der böse Geist Oesterreichs, trägt für diesen Zustand die alleinige Verantwortung. —ll.

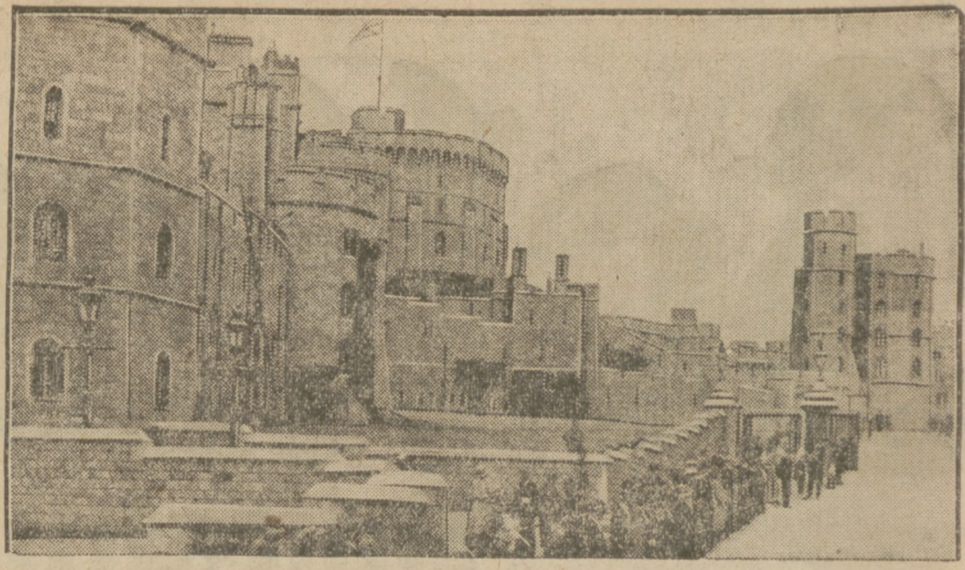
Beginn der Rumänien-Verhandlungen

Berlin. Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen sind, der „Vossischen Zeitung" zufolge, in Berlin aufgenommen worden. Für Deutschland werden die Verhandlungen von dem Ministerialdirektor Posse geführt; Rumänien ist durch den Delegierten Popescu vertreten.



Belgiens neuer Ministerpräsident

der Nachfolger des zurückgetretenen Premiers Jaspar, ist Renkin.



Hier werden Brüning und Curtius von König Georg empfangen

Schloß Windsor bei London, der Sommersitz der englischen Königsfamilie, wo Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius in Audienz beim König Georg von England empfangen werden.

Gegen die Revisionsbestrebungen?

Amerikanische Stimmen zur Deutschlands Lage — Ein Rückblick auf den deutschen Ministerbesuch in England

Neuyork. Das Ergebnis von Chequers wird sowohl in der Presse als auch in parlamentarischen Kreisen als ein Ereignis allerersten Ranges gewertet. Die Kommentare sind naturgemäß nicht einmütig, da sie sich streng im Rahmen innerpolitischer Rücksichten bewegen. Im Leitartikel der „New-York Times" wird anerkannt, daß die Tributzahlungen unmöglich noch länger durch Auslandsanleihen finanziert werden könnten, da Anleihen angesichts der Erschütterung des deutschen Geldmarktes nur zu ruinösen Sätzen zu erhalten seien. Zweifellos beabsichtige die Reichsregierung,

eine neue Konferenz zur Ueberprüfung des Youngplanes anzuregen.

Deutschland könne natürlich ein Moratorium erklären, doch wäre es besser für Deutschland, erst einmal „heroische Zahlungsbestrebungen" zu machen und gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer Neuregelung der Tributfrage zu verweisen. Es müsse zugegeben werden, daß die Erfüllung des Youngplanes durch den Niedergang der Weltwirtschaft erschwert werde.

Amerika solle sich auf eine schon in naher Zukunft zu erwartende Krise vorbereiten.

Der Londoner Vertreter der „Neuyork Times" betont, daß die englische Regierung nach wie vor entschlossen sei, nicht als Vermittler

zwischen Amerika und Europa zur Neuaufrollung der Kriegsschuldenfrage aufzutreten.

Die Chequers-Verlautbarung wende sich daher eher an Genf als an Washington. Der Korrespondent glaubt an die Möglichkeit einer internationalen Anleihe für Deutschland. Die nächsten Schritte werde der europäische Wirtschaftsausschuß unternehmen,

falls die derzeitige Reichsregierung den bevorstehenden innerpolitischen Sturm überwinden werde.

Die Aufforderung an die Vereinigten Staaten, an der Ueberprüfung der gesamten Kriegsschuldenfrage mitzuarbeiten, werde nicht von England, sondern durch den Wirtschaftsausschuß von der Gesamtheit der europäischen Staaten ausgehen. Die Anwesenheit Stimsons und Mellons in Europa biete Gelegenheit, das Problem anzuschneiden.

Die republikanische „Herald Tribun" vertritt die in Washingtoner Kreisen vorherrschende Meinung, es stehe Deutschland frei, zur Erklärung des Moratoriums die Sicherheitsklausel des Youngplanes zu benutzen.

Die Revision des Youngplanes würde praktisch in Angriff genommen sein,

wenn der automatisch zusammentretende Ausschuß zu der Schlußfolgerung komme, daß die Reparationszahlungen den Bestand Deutschlands bedrohten. Offenbar seien es aber nicht finanzielle, sondern politische massenpsychologische Erwägungen, die das Reichskabinett die

Neuregelung des Reparationsproblems fordern ließen.

Solange Deutschland von der im Youngplan vorgesehenen Sicherheitsmaßnahme nicht Gebrauch machen, werde es schwierig sein, jemand zu überzeugen, daß die Reparationszahlungen wirtschaftlich unmöglich geworden seien.

Für dreijähriges Moratorium

Neuyork. Aus Washington wird gemeldet, daß der republikanische Senator Bingham (Connecticut) eine vielbeachtete Erklärung abgab, worin er sich gegen eine Streichung und Herabsetzung der interalliierten Schulden aussprach. Dagegen befürwortete Bingham einen dreijährigen Zahlungsaufschub, um Europa einen wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen.

Eine amerikanische Kundgebung zu Gunsten der Abrüstung

New York. In einer von 66 Vertretern nationaler Organisationen unterzeichneten Kundgebung wird die Washingtoner Regierung aufgefordert, ihren ganzen Einfluß für den Erfolg der nächsten Abrüstungskonferenz einzusetzen. Die Kundgebung empfiehlt der Regierung, den Grundsatz der Begrenzung der Militärausgaben ernstlich zu prüfen und verlangt, daß die Vereinigten Staaten bekanntgeben, welche Maßnahmen sie ergreifen würden, um im Fall einer Verletzung des Kellogpaktes den Frieden zu sichern.

Ein Fortschritt!

1155 Alkoholausschankstellen werden geschlossen.

Warschau. Das Finanzministerium hat eine Verfügung erlassen, derzufolge weitere 1155 Alkoholausschankstellen aufgehoben werden sollen, die die im neuen Alkoholgesetz vorgesehene Höchstzahl überschreiten. Nach diesem Gesetz sind auf dem ganzen Gebiet der polnischen Republik nicht mehr als 20 000 Verkaufsstellen für Alkohol zulässig.

Passagier aus dem Flugzeug gestürzt

Roman von P. Wild.

24)

„Doch meine Maske ist nicht sehr behaglich, auch nicht appetitlich; ich möchte am liebsten vor mir selbst fortlaufen. Halten wir uns nicht mit unnützem Hin und Her auf. Was haben die doch aufs genaueste unterrichtet?"

„Selbstverständlich!"

„Und ...?"

„Alter Freund! Die sind höllisch mißtrauisch. Es scheint ihnen vorläufig zu phantastisch zu sein. Sie wollen deshalb die von Ihnen gewünschte Vorauszahlung nicht machen."

„Teufel! Mir sitzt das Messer an der Kehle, und die spielen mit mir! Lassen wir's", erhob er sich ärgerlich. „Jetzt wende ich mich direkt an die Amerikaner. Die sind geschäftstüchtiger und greifen umgehend zu."

„Wenn's dringend ist, würden meine Auftraggeber auch zu einer kleineren Vorstecksumme bereit sein."

„Danke! Jetzt will ich ein klares Ja oder Nein. Die Herumzappelei habe ich satt."

„Sie verlangen also die Zahlung von zweitausend englischen Pfund im voraus?"

„Ja!"

„Bescheiden ist das nicht?"

„Was kaufe ich mir für Bescheidenheit. Wollen Sie oder wollen Sie nicht? Es gibt nur noch ein Entweder-Oder."

Der Dicke schlang die Hände ineinander, ließ die Gelenke knacken.

„Verteufelt viel Geld!"

Eiskalt blickte der Bettler ihn an, reckte sich aus der gebückten Haltung hoch, stand stolz vor dem anderen, sah auf ihn herab.

„Gut! Eine letzte Wartezeit. Morgen abend um dieselbe Zeit komme ich wieder hierher. Entweder ich bekomme dann sofort die zweitausend Pfund und die banksichere Unterschrift unter den großen Scheck nach Ueberreichung der gesamten Papiere, oder Sie können sehen, woher Sie eine ähnliche Gelegenheit nochmals bekommen. Dann geht das Chiffretelegramm noch in der Nacht, oder so früh man in diesem verlorenen Nest telegraphieren kann, zu den Yankees. Das ist mein letztes Wort."

„Unmöglich können Sie die ganze Summe auf einmal verlangen?"

„Haben Sie meine Bedingungen, oder haben Sie sie nicht? Die beglaubigte Rente für zehn Jahre, fürs Jahr auf zehntausend Pfund lautend, ist doch keine Barauszahlung. Die anderen Zahlungsüberweisungen können auf mein Schweizer, holländisches und Newyorker Bankkonto getrennt übertragen werden."

„Ich werde mit meinen Auftraggebern sprechen und glaube, daß sie im Prinzip einverstanden sind, wenn ich ihnen die Sache nochmals eindringlich vorstelle."

„So! Nun wär' für heute das Offizielle erledigt."

„Unter uns: Haben Sie die Papiere bei sich?"

In den Augen des Bettlers glitzerte es höhnisch.

„Ich bin kein Anfänger. Aber beruhigen Sie sich, die Papiere sind in guter Sicherheit. Warum sollte ich sie nicht bei mir haben — nicht wahr?"

„Ich dachte nur, wenn Ihnen etwas zustoßen würde ..."

„Keine Unruhe! Sie finden Sie darum doch nicht, also geben Sie sich keine Mühe. So billig kommen Sie nicht 'ran!" flüsterte der Bettler, und es wetterleuchtete gefährlich in seinen Augen.

„Die Methode wäre erfolglos, trotz ihrer Billigkeit."

„Welch blödsinnige Idee von Ihnen!"

„Na! Nun wissen Sie wenigstens, woran Sie sind — für alle Fälle. Und mir ist, als könnte ich nach dem asketischen Bettlerleben eine geistige Kräftigung gut gebrauchen. Haben Sie Whisky da?"

„Immer!"

„Also, meine Spezialmischung. Hoher geistiger Prozentsatz, das gibt Kraft zur weiteren Askese."

Behaglich lachte der Dicke, stellte ein paar Gläser auf den Tisch, holte eine Whiskyflasche und Sodawasser, goß ein.

„Bleiben Sie die Nacht bei mir?"

„Unmöglich! Ihre Tanzweiber dürfen mich nicht sehen. Nur jetzt eine Stunde, diese verd ... Fetzen einmal ablegen", damit zog er die Perücke über den Kopf und ...

„Mister Glox!" schrie ich auf.

In derselben Sekunde lag das Zimmer im Dunkeln. Ich aber wurde eiligst fortgezogen.

„Schnell!" Im Geschwindschritt ging es hinter der Hecke zurück in den Warenhof.

Fast war es wie zur Zeit der Schützengräben. Wir krochen um und zwischen Löchern durch, den Leib an die Erde gedrückt, suchten Deckung hinter Ballen, Säcken und Abfallhaufen, gelangten an ein Pförtchen — es war so morsch, daß ein Fußtritt meines Begleiters genügte. Es brach zusammen, und wir standen tief aufatmend auf der Straße.

Dann fühlte ich mich in ein Haus hineingezogen, kauerte, nicht wagend, Atem zu holen, hinter der Haustür. Eben zur rechten Zeit. Durch das Schlüsselloch spähend, sah ich den dicken Inder an uns vorüberlaufen. Er suchte uns.

Vorsichtig spähte mein Begleiter nach allen Seiten. Jetzt winkte er.

„Schnell!" Ich folgte ihm. Dann gingen wir langsam zurück. Mein Herz schlug bis zum Halse. Wurden wir verfolgt? Schlichen nicht leichte Tritte hinter uns?

Wir bogen in einen offenen Hof ein. Ein Auto stand dort — unser Auto. Wir stiegen ein, und ich kleidete mich mit zitternden Händen um.

Auf demselben Wege wie zuvor kletterte ich in mein Zimmer zurück. Keiner bemerkte mich. Aufatmend schloß ich die Tür zu.

Schlafen konnte ich nach dem Erlebnis nicht, sondern warf mich unruhig im Bett herum, hörte allerlei Geräusche und wagte doch nicht, Licht zu machen.

Erst als der Tag anbrach und das erste Licht in den Raum flutete, schlief ich ein. Als ich erwachte, waren meine Glieder bleischwer, wie nach langer Krankheit.

Vor mir auf der Decke lag ein Brief, wie tags zuvor ohne Aufschrift.

Ich öffnete, las: „Patentdieb entschlüpft. Hüte Dich. Gefahr"

Ich las nochmals, langsam, bedächtig — es war wie ein Wunder, vor meinen Augen verging die Schrift. Also entstammte der Brief derselben Quelle wie der vorherige — sie benutzen scheinbar eine Tinte, die sich an der Luft auflöste.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der Papst wird nach Polen kommen?

In den Reihen der polnischen Schlachzizen sah man eine Zeitlang ganz betrübte Gesichter. Ihr Herz hat etwas Schweres bedrückt. Es war bereits feststehend gewesen, daß der Exkönig Alfonso von Spanien nach Polen kommen sollte, um bei seinem Vetter Zamojski, in der Zips, Wohnung zu nehmen. Zamojski hat schon seinen Palast renoviert, frisch gestrichen und ausgeputzt, und die ganze polnische Schlachta war in Erwartung eines Königs, diesmal eines echten, wenn auch vertriebenen. Alfonso war ein schlauer König, der zwar sein Vaterland sehr „liebte“, noch mehr liebte er aber das spanische Geld und hat davon eine schöne Portion nach dem Auslande geschafft, und nachdem er sein „Heu im Trockenen“, d. h. in Dollar umgewechselt hat, bemüht er sich, die spanische Geldwährung zu untergraben, freilich aus „Liebe zu seinem Vaterlande“, was er wiederholt gesagt hat.

Die Freude der polnischen Schlachta ist inzwischen verflogen, da sich herausstellte, daß der spanische Exkönig nicht nach Polen kommen kann. Gewiß war es seine Absicht gewesen, sich in Polen niederzulassen, aber die Formalitäten bei der Anmeldung haben die Pläne durchkreuzt. Wir erhalten demnächst neue Meldeformulare, die ganz genau ausgefüllt werden müssen. Es sind dort gegen 50 Fragen peinlichst genau zu beantworten, und man stellte fest, daß diese Meldeformulare für König Alfonso nicht ausreichen. Er hat mehr als 40 Namen, darunter gegen 10 Grafentitel und andere, und bei jedem Namen müßte man den Namen des Vaters, der Mutter, den Mädchennamen der Mutter, genau anführen. Nachdem der Vater Alfonsos auch gegen 40 Namen und seine Mutter auch so viele hatte, wächst die Zahl der Namen in eine Legion hinein. Dann kommt noch seine Frau „Majestät“, ebenfalls mit einer Legion von Vor- und Zunamen und ihre Stellungnahme zu dem polnischen Militär, und die vielen Kinder, von denen jedes mehrere Dutzend Namen hat, und da hat man eingesehen, daß die Niederlassung König Alfonsos in Polen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Er müßte eine Armee von Schriftkundigen der polnischen und spanischen Sprache anstellen, die die Formulare ausfüllen würden und so viel Sprachgelehrte, die die spanische Sprache beherrschen, gibt es gar nicht in Polen. Auch müßten die Polizeibehörden neue Meldeformulare für König Alfonso drucken lassen, und nachdem die Steuereinnahmen immer mehr zurückgehen und das Budget bereits überschritten ist, läßt sich das nicht mehr machen. Deshalb mußte sich Alfonso entschließen, seine Absicht, in Polen sich niederzulassen, fallen zu lassen. Die Schlachta war anfangs sehr betrübt, aber nachdem sie das heutige Regime stützt, konnte sie dagegen nicht ankämpfen, denn Disziplin muß sein.

Inzwischen hat man sich getröstet. Zwischen Papst und Mussolini ist ein kleiner Krieg ausgebrochen. Der Papst hat zwar ein kleines Königreich, aber er hat keine Kriegsarmee, während Mussolini eine solche besitzt. Der Krieg ist daher ungleich, und da der Papst seine schwarze Armee in ganz Italien hat, so wird weniger ein Krieg, sondern mehr eine Revolution gegen das faschistische Regime geführt. Das Verweilen des Papstes im Vatikan ist für ihn zweifellos mit vielen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten verbunden, weil Mussolini seine faschistischen Horden überall aufgestellt hat. Der Papst sitzt im Vatikan, wie in einem Gefängnis und man braucht sich nicht zu wundern, wenn der Gedanke aufgetaucht ist, daß er am liebsten den Vatikan verlassen möchte. Sofort hat sich eine gewisse Presse in Warschau gefunden, die zu berichten wußte, daß der Papst einen Entschluß gefaßt hat, nach Polen zu kommen. Während des bolschewistischen Krieges hat der Papst in Warschau gewohnt und fühlte sich ganz wohl in Polen. Er hebt das bei jeder Gelegenheit hervor. Vielleicht gerade deshalb ist der Gedanke aufgetaucht, daß der Papst während des Kampfes mit Mussolini sich in Polen niederzulassen gedenke. Die polnische Presse hat dem Papst auch bereits eine Wohnung angewiesen, und zwar in dem polnischen „Rom“, in Krakau, in dem gewesenen königlichen Schloß „Wawel“. Sofort haben die düsteren Mienen bei der polnischen Schlachta, die nach dem Alfonso trauerte, sich geklärt. Der Papst ist auch ein König, und sollte er den Vatikan verlassen, so hört er nicht auf, König zu sein, und das will etwas heißen. Allerdings wird die Nachricht von der Uebersiedelung des Papstes selbst vom Krakauer „Blagierek“ bestritten. Er möchte mit beiden Händen zugreifen, umsomehr, als Krakau den bekannten „Pressepalast“ beherbergt, und der „Blagierek“ nur an Ansehen gewinnen könnte. Vielleicht gar zum halboffiziellen Organ des Papstes könnte der „Blagierek“ avancieren, aber er traut der Meldung der Warschauer Presse nicht und nennt in seiner Nummer vom 6. d. Mts. diese Meldung eine „Narrheit“. „Wawel für die Polen — sagt der „Blagierek“ — und der Papst für die ganze Welt“. Das mag stimmen, aber im Stillen hegt man doch eine kleine Hoffnung, falls sich die Lage in Mussolinien zuspitzen sollte. Das wäre ein vollwertiger Ersatz für Alfonso, der, im Vergleich zum Papst, ein abgenutzter Lappen ist.

Arbeitsgemeinschaft der Eisenhütten gegen Kürzung der Unterstützungen

Am 6. d. Mts. tagte die Arbeitsgemeinschaft für die Eisenhütten, die zum Abbau der Arbeitslosenunterstützung Stellung nahm. In einer besonderen Protestresolution wendet sich die Arbeitsgemeinschaft gegen die Kürzung der gesetzlich festgelegten Arbeitslosenunterstützung von 17 auf 13 Wochen und gegen die Einschränkung der staatlichen Hilfsaktion. Weiter potestiert die Arbeitsgemeinschaft gegen die beabsichtigte Einstellung der Unterstützung für die Kurzarbeiter. Solche Sparmaßnahmen sind nicht am Platze, denn sie verursachen große Aufregung unter den Arbeitern. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich daher an die Regierung mit dem Ersuchen, die Anordnung aufzuheben, da sie für die Arbeiterschaft, die Allgemeinheit und den Staat Gefahren in sich birgt.

Kampf in der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien

Das polnische Pressekartell in Deutschland — Sanacja-Pressemonopol — Fortpflanzung des Parteikampfes auf Deutsch-Oberschlesien zwischen Sanacja und Chadecja — Die Sanacja kämpft um eine Monopolstellung

Zwischen der „Polonia“ und der „Polska Zachodnia“ ist ein sehr interessanter Kampf um den Einfluß in der polnischen nationalen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien ausgebrochen. Die polnische nationale Minderheit in Deutschland ist in politischer Hinsicht ohne jede Bedeutung. Sie ist ziemlich zahlreich, da sie sich aber vorwiegend aus Arbeitern zusammensetzt, die teilweise aus den polnischen Gebieten ausgewandert sind (Westfalen, Berlin und andere Gebiete) so befaßt sich dieser Teil der Polen weniger mit nationalen Dingen, sucht vielmehr Anschluß an die deutschen Arbeiterorganisationen, um die wirtschaftliche Lage durch den Klassenkampf zu verbessern. Angesessene Polen haben wir in Deutsch-Oberschlesien und Ostpreußen und der Grenzmark Posen. In den zwei letzteren Gebieten ist es vorwiegend Bauernbevölkerung, die sich mit nationalen und politischen Dingen weniger befaßt. Nur in Deutsch-Oberschlesien haben wir es mit der poln. Arbeiterschaft zu tun. In dem Beuthener Industriegebiet wohnen vorwiegend Arbeiter, hingegen in der Oppelner Umgebung die Bauernbevölkerung. Die oberschlesische Bevölkerung befaßt sich

intensiv mit dem politischen Leben,

ist aber auf mehrere Parteigruppen verteilt und bildet in politischer Hinsicht keine Einheit. Ein Teil der polnischen Arbeiter in Deutsch-Oberschlesien hat sich den Kommunisten angeschlossen, ein weiterer dem Zentrum bezw. der SPD.

Nur ein Bruchteil gehört dem polnischen nationalen Lager an.

Die Wahlen in Deutschland liefern den besten Beweis der Parteizugehörigkeit der poln. Bevölkerung in Deutsch-Oberschlesien. Im Jahre 1922 hat die polnische nationale Partei

53 000 Stimmen

erobert und erhielt zwei Mandate. Seit dieser Zeit ist die Stimmenzahl immer mehr zurückgegangen und die polnischen Mandate fielen der Zentrumspartei zugute. Erst bei der letzten Reichstagswahl ist die Stimmenzahl wiederum auf 37 000 gestiegen, was jedoch für ein Mandat nicht ausgereicht hat. — In ganz Deutschland erscheinen

10 polnische Zeitungen

und davon 5 in Deutsch-Oberschlesien. Es sind das der „Katolik“ und der „Katolik Codzienny“ in Beuthen, „Nowiny“ und „Nowiny Codzienne“ in Oppeln, und „Dziennik Raciborski“ in Ratibor. In Berlin erscheint „Polak“, „Polak Maly“ und „Polak Mlody“, und in Ostpreußen die „Gazeta Olsztynska“. Alle diese Blätter haben

eine gemeinsame Redaktion

und unterhalten Lokalredaktionen im Erscheinungsort. Der Leiter der gesamten polnischen Presse ist ein gewisser Katelbach. Die gesamte polnische Presse in Deutschland segelt im Sanacjafahrwasser und die politische Bewegung anscheinend auch. Doch hat es den Anschein, daß den Polen in Deutschland, besonders aber in Deutsch-Oberschlesien, diese Parteirichtung nicht entspricht, genau so wie bei uns in Polnisch-Oberschlesien. —

Die Kattowitzer „Polonia“ hat in den letzten Monaten einen Versuch unternommen in Deutsch-Oberschlesien einzudringen, und es sieht danach aus, daß sie festen Grund gewonnen hat. Sie hat in Beuthen eine Lokalredaktion eingerichtet und führt seit dieser Zeit eine ständige Rubrik: „Deutsch-Oberschlesien“, in welcher wichtige Begebenheiten, die die polnische Minderheit interessieren, zur Veröffentlichung gelangen. Das Eindringen der „Polonia“ in Deutsch-Oberschlesien hat einen

heftigen Konkurrenzkampf

zwischen der „Katolikpresse“ und dem Korfantyorgan heraufbeschworen, was schließlich begreiflich erscheint. Nachdem die Sanacjarichtung die polnische Presse in Deutschland monopolisiert hat, wollte sie logischerweise auch die ganze Polenbewegung unter ihre Fittiche bringen. Das ist allerdings nicht so einfach, aber die Bestrebungen waren im Gange. Nun ist die Chadecja in den Weg getreten und dann kann man sich die Wut der hiesigen Sanatoren vorstellen. Die „Polska Zachodnia“ ist ganz aus dem Häuschen geraten und mobilisiert den Staatsanwalt gegen die „Polonia“, die sich erdreistet hat, ihre Parteipolitik in die polnische nationale Minderheit in Deutsch-Oberschlesien hineinzutragen. Der „Polonia“ wird

Nationalverrat

und ähnliche schöne Dinge entgegengehalten und die „Katolikpresse“, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlt, ist ganz außer Rand und Band gegen diesen „Nationalverrat“ geraten.

Neben der Presse scheint die Sanacja die Oberhand in der

polnischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung

bekommen zu haben. Es sind das die Reiffeisenkassen und die Spar- und Vorschußkassen in den Stadtgemeinden. Wie groß die Zahl dieser Kreditgenossenschaften sein dürfte, steht nicht fest. Etwa gegen 100 dürften es sein, und für die ländliche Bevölkerung spielen die Kreditgenossenschaften eine große Rolle. Die landwirtschaftliche Bevölkerung braucht Kredite, und nachdem diese Banken im Sanacjafahrwasser segeln, erteilen sie Kredite nur an solche Personen, die demselben politischen Lager angeschlossen sind. Da liegt es klar auf der Hand,

daß der Kampf zwischen den beiden Parteirichtungen auch auf dieses Gebiet ausgedehnt

wurde. Nur vier Kreditgenossenschaften haben sich aus der Einflußsphäre der Sanacja befreien können.

In ihrer Sonabendausgabe bringt die „Polska Zachodnia“ einen langen Artikel unter dem Titel: „An den Pranger“, in welchem sie auf ihre Art und Weise gegen die „Polonia“ zu Felde zieht. Es ist unmöglich das alles zu wiederholen, was dort gegen die Korfantyrichtung gesagt wurde, aber man ist in den Ausdrücken nicht wählerisch. Die größten Gemeinheiten, wie

Denunziation, Demoralisation, Verrat

und Gott weiß was noch alles, wird der „Polonia“ entgegengehalten. Die Sache ist aber nicht so tragisch, und man braucht die Schimpfkanonade der „Zachodnia“ gar nicht so sehr ernst zu nehmen. Es ist das ein Konkurrenzkampf zwischen zwei Unternehmungen mit nationalem Einschlag. Tatsache ist es, daß die Sanacja bestrebt ist, ihren Einfluß bei den polnischen nationalen Minderheiten überall zur Geltung zu bringen. Wir haben erst kürzlich berichtet wie es gemacht wird und brachten Auszüge aus dem „Narodowiec“, der in Frankreich erscheint. Tatsache ist es, daß der Sanacja gelungen ist, in der Tschechoslowakei bei der polnischen Minderheit festen Fuß zu fassen und dasselbe will sie in Frankreich, Deutschland und Amerika erzielen.

Der Demobilmachungskommissar reduziert weiter

Vorgestern hat der Demobilmachungskommissar die Arbeitsverhältnisse in der Martahütte in Kattowitz geprüft. Nach der Ueberprüfung genehmigte der Demobilmachungskommissar die Entlassung von 50 Arbeiter. Die Hubertushütte hat 180 Arbeiten die Kündigung zugestellt und zwar in der Abteilung der Eisenkonstruktion. Die Eisengußabteilung derselben Hütte ist schon seit einem Monat nicht mehr in Betrieb, weil keine Bestellungen da sind. 190 Arbeiter dieser Abteilung feiern. Sie wurden zwar nicht reduziert, aber ihre Lage ist noch viel schlimmer, weil sie nichts verdienen und auch keine Arbeitslosenunterstützung für die Kurzarbeit beziehen. Nun sind bereits zwei Abteilungen des Werkes eingestellt worden und das ist das Vorspiel zur völligen Stillegung der Hubertushütte, was die Verwaltung eben beabsichtigt.

Herr Grajek als Arbeitervertreter auf der internationalen Arbeitskonferenz

Die polnische Regierung hat für die internationale Arbeitskonferenz in Genf, aus den Reihen der Arbeitergewerkschaften, Herrn Grajek von der Polnischen Berufsvereinigung bestimmt und als seinen Vertreter nominierte sie den Genossen Stanczyk, der bis jetzt auf allen internationalen Arbeitskonferenzen die Arbeitergewerkschaften vertreten hat und G. sein Vertreter war. Gen. Stanczyk hat als Vertreter Grajeks das Mandat abgelehnt und die polnischen Klassenkampfgewerkschaften haben sich mit einer Beschwerde gegen die Ernennung G. an die Verfikationskommission bei dem Internationalen Arbeitsamt gewandt. Die Kommission hat jedoch mit Stimmenmehrheit die Beschwerde abgelehnt und Herrn Grajek als Vertreter der polnischen Gewerkschaften bestätigt. Der französische Sozialist Jouhaux hat gegen den Beschluß der Kommission Protest erhoben.

Generalversammlung des Deutschen Volksbundes

Der Deutsche Volksbund hielt am Sonnabend im evang. Vereinshaus in Kattowitz seine diesjährige Generalversammlung ab, die verhältnismäßig gut besucht war. Der Präsident des Volksbundes, Prinz von Pleß, gab in seiner Einleitung einen Ueberblick über die Situation in der Wojewodschaft und bedauerte die Verurteilung Dudeks und der Angeklagten aus dem Prozeß Ernst und Genossen, da man nach dem Freispruch im Falle Ulitz, auch hier ein gleiches Urteil erwartet hat. Auf die Lage des Deutschtums zurückkommend, erklärte Prinz von Pleß, daß Verhandlungen zwischen Behörden und Volksbund gepflogen werden, die normale Verhältnisse in Aussicht stellen, indessen bei weitem noch nicht derartig sind, um damit zufrieden zu sein. Der Volksbund hat von jeher betont, daß er diese Zusammenarbeit zwischen Minderheit und Behörden wünsche und von seiner Seite aus alles tun werde, um sie normal zu gestalten. Den Bericht über das höhere und Volksschulwesen gab Dr. Bay, der im allgemeinen feststellte, daß keine Ursache vorhanden sei, mit dem Zustand unzufrieden zu sein, wenn auch weitgehende Wünsche nicht in Erfüllung gegangen sind. In der Volksschule sei ein Rückgang zu verzeichnen, der nicht zuletzt mit der Pression zusammenhänge, die bezüglich der Arbeitsstelle auf die Eltern für Ammeldungen ausgeübt wird. Das Privatschulwesen zeige im allgemeinen eine günstige Entwicklung und erst von hieraus darf eine Besserung erwartet werden.

Die einsetzende Diskussion gab einen Ueberblick der Wünsche der Eltern, wobei die Schaffung von Kindergärten und die Frage der Unterbringung der Schüler nach ihrer Schulentlassung die Hauptrolle spielten. Abg. Ulitz konnte in seiner Replik die zufriedenstellende Zusicherung geben, daß auch in dieser Hinsicht der Volksbund die notwendigen Vorarbeiten geleistet habe.

Einen erfolgreichen und befriedigenden Bericht gab der Leiter des Kulturbundes Kauder, der beweist, daß das deutsche Leben in vollem Maße pulsiert und zu seiner Erhaltung alle nur möglichen Schritte unternommen werden, in gleicher Richtung bewegte sich auch die Berichterstattung über das Wohlfahrtswesen, die der Leiter dieser Abeilung, Bednorz, gab.

Abg. Ulitz gab darauf den Täigkeitsbericht des Rechtsschutzes der Minderheit, schilderte die kommenden Schritte bei der Errichtung von Minderheits-Privatschulen, wobei er betonte, daß der Wojewode selbst in mancher Beziehung den Wünschen des Volksbundes entspreche, skizzierte kurz die Arbeiten, die bezüglich der Kindergärten unternommen werden, dann die Aufgaben, die in den Berufsberatungen in Aussicht genommen sind, und erklärte zum Schluß, daß der Pessimismus der Zeit unangebracht wäre, er selbst möchte nur einen Dichter zitieren, der da meint, daß nur der untergeht, der sich selbst aufgibt, vom Deutschtum in Oberschlesien erwarte er, daß es seinen Lebensinhalt bewahre und nicht nach Westen, sondern nach dem Osten blicken müsse.

In der nun einsetzenden Diskussion fehlte es nicht an scharfen Gegensätzen, die indessen durch Erklärungen des Geschäftsführers beigelegt wurden und im übrigen durchaus den Eindruck erweckten, daß die geleistete Arbeit in der Zeit der Wirtschaftskrise zufriedenstellend sei.

Bei den Wahlen wurde der Prinz von Pleß zum 1., Abg. Frank zum 2. und Baumeister Grünfeld zum 3. Präsidenten gewählt. Für den ausscheidenden Schulrat Dudek wurde Januschewski in den Vorstand hineingewählt, in den Verwaltungsrat ergänzend Frau Kowoll.

Die Tagung wurde nach mehrstündiger Dauer abgeschlossen, man kann ihren Verlauf als durchaus gut bezeichnen, zumal auch diesmal mit der erforderlichen sachlichen Kritik nicht gespart wurde. Im übrigen schließen wir uns bei der Deutschtumsarbeit durchaus den Erklärungen des Abg. Ulitz an, daß nur der untergeht, der sich selbst aufgibt, wünschen aber, daß mehr auf jene Arbeit in kultureller Hinsicht Wert gelegt wird, wie sie Kauder in seinem Bericht unterstrichen hat. Hier liegt der Born der Kraft, wo nachzuholen ist, was die deutsche Minderheitsschule in ihrer heutigen Qualität versäumt und hier lautet klar und deutlich das Ziel: Hinaus aufs Land, ins kleinste Dorf, wo Deutsche um ihr Dasein und ihr Deutschtum ringen! Dann ist der Hauptzweck der kulturellen Zusammenarbeit erfüllt, der auch über die politischen Gegensätze hinausführen kann, die nie überbrückt werden, wie das fromme Gemüter oft glauben möchten.

Schwere Raubüberfälle und Einbrüche jugendlicher Banditen

Wie schon kurz gemeldet worden ist, gelang es der Kattowitzer Kriminalpolizei nach eifrigem Fahndungsdienst eine Bande jugendlicher Verbrecher zu ermitteln, welche den schweren Kassenraub bei der Deutschen Vereinsbank in Nowa-Wies am 4. Mai d. Js. verübten. Arretiert wurden Alois Sobacki, Josef Knich und August Rozanski und weitere Mithelfer aus Schwientochlowitz. Die weiteren Feststellungen ergaben, daß die jungen Leute im Januar d. Js. sich zu der Bande organisierten, um Raubüberfälle und schwere Diebstähle zu verüben. Ein Teil der jungen Leute, welche der kommunistischen Jugendorganisation angehören, besaß Schußwaffen.

Bei dem Kassenraub in Nowa-Wies machten die Täter eine Beute von 3500 Zloty. Aufgefunden wurden in verschiedenen Verstecken zusammen 2160 Zloty. Diese Geldsumme wurde der Bank indessen wieder zugestellt.

Die Täter verübten, wie es sich inzwischen zeigte, noch folgende, weitere Ueberfälle und Einbrüche:

Am 6. Januar, vormittags gegen 9.35 Uhr wurde auf der ulica Dluga in Schwientochlowitz ein gewisser Anton Labus angefallen, welcher mit einem Bajonett bedroht und zur Herausgabe eines Betrages von 50 Zloty gezwungen wurde. Für dieses Geld schafften die Täter eine Schußwaffe, System Parabellum an, um dann in der weiteren Folge schwerere Ueberfälle zu verüben.

Am 14. März, abends gegen 9 Uhr, wurde auf der ulica Dworcowa in Bismarckhütte das aus dem Kino heimkehrende Ehepaar Kocurek angefallen. Die Täter waren der Ansicht, daß es sich bei der Ehefrau um die Kassiererin des Kinos „Sztuka" aus Schwientochlowitz handele, welche beraubt werden sollte. Dem Kocurek wurde unter Drohung mit dem Revolver eine lederne Aktentasche entwendet, welche Fleisch, Brot, Butter und Gurken enthielt. Um Verfolger von sich abzuhalten, gab Sobecki nacheinander zwei Schüsse ab.

Am 19. März, gegen 8 Uhr abends, wurde unter der Brücke in Bismarckhütte auf dem Wege zur Remise, der Straßenbahnschaffner Georg Sowa aus Bismarckhütte angefallen. Die Täter hielten ihm eine Schußwaffe vor und durchschnitten mit einem scharfen Messer den Riemen der Geldtasche, mit welcher sie dann flüchteten. Die Geldtasche enthielt das eingelöste Geld für verkaufte Fahrkarten und zwar 110 Zloty. Für dieses Geld wurden weitere 2 Revolver angeschafft.

Am 18. April, abends gegen 10.45 Uhr, verübten die Banditen auf den Inhaber des Kinos „Heljos", Georg Jelenia aus Bismarckhütte einen Ueberfall. Aus der Kasse wurden 140 Zloty Bargeld, sowie 16 Tafeln Schokolade gestohlen. Diesmal waren die Täter maskiert.

Drei der Täter und zwar Josef Knich, Alois Sobecki und Anton Strzelczyk aus Schwientochlowitz überfielen am 30. September v. Js. in den Abendstunden auf der Bytomska in Schwientochlowitz das Dienstmädchen des Ladeninhabers Domik aus Schwientochlowitz, welcher eine lederne Tasche entrißen wurde, die Mehl enthielt. Die Täter aber waren des Glaubens, daß es sich um einen größeren Geldbetrag handeln müsse. Bei der Wohnungsrevision wurde die lederne Tasche bei Knich vorgefunden.

Ende September bezw. Anfang Oktober v. Js., entwendete Josef Knich aus dem Laden Ida Weinkopf in Schwientochlowitz 4 Operngläser, welche inzwischen ebenfalls konfisziert und der Ladeninhaberin zurückerstattet wurden.

Den Tätern wurde eine Schußwaffe, sowie Munition abgenommen. Es erfolgte die Einlieferung in das Kattowitzer Gefängnis.

Ermittelt wurden im Kreise Schwientochlowitz ferner 5 Mithelfer bezw. Hehler, welche sich zu verantworten haben werden, da sie sich mit den Tätern in die Beute teilten und diesen Unterschlupf gewährten. y.

Kattowitz und Umgebung

Betr. Einziehung zur Reserveübung.

In diesem Jahre werden nachstehende Militärpflichtige des Jahrganges 1907 zur vierwöchentlichen Reservistenübung eingezogen und zwar: alle Unteroffiziere und Gefreite beim Train, der Intendantur, des Sanitätswesens und bei der Gesundheitstruppe, die eine schriftliche Aufforderung erhalten, sowie sämtliche Mannschaften der Infanterie, Kavallerie, Artillerie, des Trains, der Fahrzeuge, Pioniere, Kriegsmarine und Gendarmerie. Einer sechswöchentlichen Uebung unterliegen alle Unteroffiziere und Mannschaften des Jahrganges 1903 der Verbindungstruppe, sowie Unteroffiziere und Gefreite der Bewachungstruppe, welche hierzu aufgefordert werden. Ferner haben sich alle Unteroffiziere der Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Pionierabteilung, Gendarmerie, sowie Fliegertruppe, ferner des Trains, Verkehrs- und Gesundheitswesens zur vierwöchentlichen Reservistenübung zu melden. Das gleiche betrifft Gefreite und Mannschaften der obenangeführten Truppengattungen, sowie bei der Intendantur, die schriftliche Aufforderungen erhalten. Zur sechswöchentlichen Reservistenübung werden ferner alle Unteroffiziere des Jahrganges 1900 der Verbindungs- und Fliegertruppe, sowie der Intendantur eingezogen, soweit sie besondere schriftliche Aufforderungen erhalten. Alle Unteroffiziere und Mannschaften der Infanterie, Kavallerie und Artillerie (Jahrgang 1898), welche besondere schriftliche Zustellungen erhalten, werden in diesem Jahre zur vierwöchentlichen Reservistenübung eingezogen. y.

Der tägliche Fahrraddiebstahl. Aus dem Korridor eines Hauses auf der ulica Poprzeczna wurde, zum Schaden eines gewissen Josef Kaczmarek von der ulica Krol.-Hucka aus Domb, ein Herrenfahrrad gestohlen. Es handelt sich um die Marke „Cyklon", Nr. 147 422. Der Wert des Fahrrades wird auf 120 Zloty beziffert. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt. x.

Zawodzie. (Schwerer Verkehrsunfall.) Im Ortsteil Zawodzie wurde von dem Personenauto Sl. 9 097 der 10jährige Günter Bienek angefahren und erheblich verletzt. Der Verunglückte wurde nach dem Barmherzigen Brüderkloster in Bogutschütz geschafft, wo sofort bei dem Patienten eine Operation vorgenommen werden mußte. Schuld an dem Verkehrsunfall trägt der Verunglückte selbst, welcher auf der Straße Kreisel spielte und infolge Unvorsichtigkeit unter das Auto geriet. x.

Königshütte und Umgebung

Zunehmende Ausgaben für ärztliche Fürsorge der Arbeitslosen.

Seitens der Stadt erhalten Arbeitslose und ihre Angehörigen im Erkrankungsfalle ärztliche Behandlung, in notwendigen Fällen Aufnahme im städtischen Krankenhause. Zur Deckung der Unkosten zahlt die Wojewodschaft an die Stadt monatlich 1 Zloty, der jedoch zur Deckung der Kosten nicht im geringsten ausreicht. Mithin ist die Stadt gezwungen, die Mehrkosten zu decken. Bisher hat die Stadtverwaltung annähernd 39 000 Zloty für diese Zwecke verausgabt, ohne die notwendige Deckung zu besitzen. Da sich die Stadt in finanziellen Schwierigkeiten befindet, die auf die schlechten Steuereingänge und auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sind, wäre es Pflicht der Wojewodschaft, auch diese Ausgaben zu decken. Darum kann die ärztliche Fürsorge den Arbeitslosen nicht in dem Maße gewährt werden, wie es sein sollte, weil eben der Stadt die Mittel zur Bestreitung der Kosten fehlen. Es sind Bestrebungen im Gange, einesteils die Zahl der Aerzte, die die Betreuung der Arbeitslosen ausüben, zu erhöhen oder das bisher gehandhabte System abzuändern. Es wird u. a. erwogen, daß die Knappschaft die arbeitslos gewordenen Mitglieder, die auch durch die Bezahlung der Anerkennungsgebühren der Pensionskasse weiter als Mitglieder angehören, in Erkrankungsfällen in ärztliche Obhut übernehmen müßte. Die Knappschaft besitzt hierzu die notwendigen Einrichtungen und den Verwaltungsapparat, weshalb auch die Kosten bedeutend niedriger gestellt werden könnten, als es bisher der Fall ist. m.

Neue Verordnung über die Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung. Der Magistrat Königshütte teilt hiermit, daß auf Grund einer Verfügung der Wojewodschaft, die Arbeitslosenunterstützung aus der staatlichen Aktion eine starke Einschränkung erfahren hat, indem mit dem 1. Juni die Auszahlung der Unterstützung an folgende Arbeitslose eingestellt wird: Ledigen, Verheirateten ohne Kinder, Witwern mit einem Kinde und allen Arbeitslosen ohne Rücksicht auf die Familienverhältnisse, die während 52 Wochen Unterstützung bezogen haben. Einen weiteren Anspruch auf Unterstützung haben diejenigen ledigen Arbeitslosen, die die einzigen Ernährer der Familie sind, die aber mindestens zwei Mitglieder aufweisen muß. Dasselbe gilt für ledige Personen, die nach beendeter Militärzeit keine Beschäftigung gefunden haben. Diejenigen Arbeitslosen, die die Unterstützung aus der staatlichen Aktion weiter beziehen wollen, müssen, sich mit einem schriftlichen Antrage an das Arbeitslosenamt an der ulica Glowackiego 5 wenden. In Verbindung damit, sei noch darauf hingewiesen, daß auch solche Arbeitslose einen Antrag im Arbeitslosenamt stellen können, die nach dem 31. Mai die vorgesehene Unterstützung aus der Normalaktion nicht erhalten und Frau mit Kinder unterhalten müssen. Derartige gestellte Anträge werden dann einer Prüfung unterzogen. — Hierbei erinnert das Arbeitslosenamt daran, daß jede Veränderung angemeldet werden muß, insbesondere die Arbeitsaufnahme, auch wenn sie noch so kurzfristig ist. Bei Unterlassung der Meldung verliert der Arbeitslose das Recht auf Unterstützung und kann wegen unberechtigter Abhebung derselben zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. m.

Den Brandwunden erlegen. Der bei dem Explosionsunglück in der Königshütte schwerverbrannte Monteur Jobst, ist im Knappschaftslazarett, infolge der Brandwunden, gestern gestorben. m.

Die Unsicherheit auf der Teichpromenade. Ein gewisser Emanuel Ossadnik wurde in der Nacht auf der Hüttenpromenade von mehreren Männern angehalten. Während ihn zwei festhielten, entriß ihm der dritte die Taschenuhr. m.

Ein Gespann gestohlen. Während sich der Fuhrwerksbesitzer Karl Ogowski aus Nomiarki in einer Gastwirtschaft an der ulica 3-go Maja aufhielt, fuhren Unbekannte mit dem auf der Straße stehenden Gespann in unbekannter Richtung davon. Bisher konnten die Täter nicht ermittelt werden. Der Schaden beträgt 1000 Zloty. m.

Siemianowitz

Vergebung von Arbeiten bei den Stahl-Skeletthäusern.

Die Gemeinde Siemianowitz baut bekanntlich eine Arbeiterkolonie in der ulica Michalkowicka, bestehend aus 19 Häusern. Darunter sind 19 Stahl-Skeletthäuser und ein gewöhnliches Haus aus Ziegelsteinen. Die Arbeiten wurden ausgeschrieben und die Firmen, die sich um die Arbeit bewarben, haben ihre Vorschläge eingesendet. Das Angebot der Firma Wakan lautete auf 26 506 Zloty, der Firma Urbanczyk auf 29 580 Zloty, der Firma Krajuszek auf 28 260 Zloty, Francki auf 30 856 Zloty, der Firma Balicki auf 29 510 Zloty, Rychter auf 25 670 Zloty, Cichorz auf 24 274 Zloty, Bieta auf 25 640 Zloty, T. B. J. auf 21 700 Zloty, G. T. T. auf 20 470 Zloty, und Wybraniec 20 354 Zloty. Die Arbeit erhielten zwei Firmen und zwar Wybraniec (Termak) 14 Häuser und die Firma Cichosz 5 Häuser. Es sind das die billigsten Firmen, aber die Sache hat einen Haken, weil das auswärtige Firmen sind, weshalb sich die Ortsunternehmer sehr aufregen. Das ist noch nicht alles, denn es ist bekannt, daß die auswärtigen Firmen auch zum Teil auswärtige Arbeiter beschäftigen werden, wie das immer der Fall war, und sehr gern die Tariflöhne übergehen. Die Arbeitergewerkschaften werden rechtzeitig auf die beiden Firmen aufmerksam gemacht, um zu verhindern, daß auswärtige Arbeiter unter Lohntarif angestellt weden. Einer solchen eventuellen Schmutzkonkurrenz müßte das Handwerk gelegt werden.

14 Tage Gefängnis für einen Aufständischen. In der Berufungsinstanz wurde am gestrigen Montag vor der Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz erneut in einer Terrorsache verhandelt. Angeklagt war das Aufständischenmitglied Janik aus Siemianowitz. Aus der gerichtlichen Beweisaufnahme war nachstehendes zu entnehmen: Während der letzten Wahlen, im Monat November 1930, wurde der deutsche Stimmzettelverteiler Josef Struzyna aus Siemianowitz von dem Aufständischen Janik arg mißhandelt. Durch Urteil der 1. Instanz wurde Janik s. Zt. wegen Mißhandlung zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Privatkläger strengte gegen dieses Strafausmaß Berufung ein, weshalb, wie bereits oben erwähnt, nochmals verhandelt wurde. Es wurde vor Gericht ausgeführt, daß das Urteil 1. Instanz, in Anbetracht der schweren Mißhandlungen, als Sühne nicht angesehen werden könne. Das Gericht schloß sich diesem Standpunkt an und verurteilte den Aufständischen Janik nach nochmaliger Ueberprüfung der Sachlage, nach Aufhebung der Freiheitsstrafe von 7 Tagen, nunmehr zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen. y

Myslowitz

Die Salesianer verstehen das Geschäft. Wir haben bereits berichtet daß sich in Myslowitz der Salesianerorden niedergelassen hat, der hier eine „Erziehungsanstalt" schaffen will. Zuerst wurden alle Gemeinden, Kreisausschüsse und die Wojewodschaft um Geldbeträge angegangen. Nebenbei wird fleißig gesammelt und man muß schon sagen, die Salesianer haben Organisationstalent und verstehen ausgezeichnet das Geld einzusammeln. Jeden Sonn- und Feiertag, finden bei dem Salesianerorden in der gewesenen Schneiderschen Leinweberei große Veranstaltungen statt, die gewaltig reklamiert werden. Der Salesianerorden verfügt in Oswiencim über eigene Musikkapelle, die nach Myslowitz zu den Veranstaltungen geholt wird. In der ganzen Stadt Myslowitz werden über die ganze Breite der Straßen Reklamen auf Leinwand befestigt und die Myslowitzer fallen darauf ein wie Fliegen auf die Fliegenfänger. Am vergangenen Sontag konnte man eine „Völkerwanderung" in der Richtung des Salesianerordens beobachten. Es waren viele tausende Menschen die dort hinströmten, um dem „Festyn Ludowy" beizuwohnen. Es hat nur 50 Groschen Eintritt gekostet und man konnte sogar ein Fahrrad gewinnen, wenn man Glück hatte. Ob jemand das Fahrrad gewonnen hat, steht nicht fest, aber die Salesianer haben ein schönes Geschäft gemacht. Die Bierfässer rollten auch ununterbrochen in die Schneidersche Weberei. Da wird die Myslowitzer Pfarrei neidisch sein auf die „auswärtige Konkurrenz", die vortrefflich versteht Geschäfte zu machen.

Ein Kind tödlich überfahren. Auf der ulica Szkolna in Myslowitz wurde ein dreijähriger Knabe, Josef Benderski, von der Feuerspritze überfahren, worauf nach kurzer Zeit im städt. Krankenhaus der Tod des Knaben eintrat. Der bedauerliche Unglücksfall ist darauf zurückzuführen, daß B. sich an den Straßensprengwagen anhängte, dabei stürzte und im selben Augenblick in den Feuerwehrwagen stieß. Dieser Vorfall sei eine Warnung an die Eltern, die immer wieder ihre Kinder auf der Straße als Spielplatz belassen. —h.

Brzezinka. (Tragischer Tod eines Jugendlichen.) Auf einer Aufdecke in der Ortschaft Brzezinka sammelte der 17jährige Arbeiter Konrad Matuszek aus Brzezinka Kohlen. Plötzlich strömte aus der Erde Gas hervor, wodurch der M. sehr schwere Brandverletzungen erlitt. Der Tod trat in kurzer Zeit ein. Es erfolgte die Einlieferung in die Leichenhalle des städtischen Spitals in Myslowitz. Schuld an dem Tode trägt der Matussek selbst, welcher, trotz Warnungstafeln, an der gefährlichen Stelle nach Kohlen suchte. x.

Janow. (Erstimpfungen.) Laut einer Bekanntmachung des hiesigen Gemeindevorstandes, finden die Erstimpfungen der im Jahre 1930 geborenen Kinder der Ortschaften Janow und Nickischschacht, am 19. Juni d. Mts., nachm. ab 3 Uhr, in der Volksschule Nickischschacht statt. Dabei kommen auch diejengen Kinder in Betracht, welche infolge Krankheit und anderweitigen Umstände, im vorigen Jahre nicht dazu herangezogen wurden. Zuwiderhandlungen, werden mit 50 Zloty Geldstrafe oder 3 Tagen Haft belegt.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Bismarckhütte. (Allgemeines.) Die Gemeinde Bismarckhütte zählt ungefähr 30 000 Einwohner, besitzt ein Gemeindeparlament mit 24 Vertretern an deren Spitze der allgewaltige Bürgermeister Grzesik steht. Unter den obengenannten Vertretern befinden sich 5 sozialistische Vertreter, beider Nationalitäten. Der sozialen Schichtung der Bevölkerung nach, gehört die Mehrzahl dem Arbeiterstande an. Bismarckhütte ist Bahnstation, hat ein eigenes Postamt eine Gasanstalt, sowie ein neu erbautes Straßenbahndepot. In verkehrstechnischer Hinsicht ist durch die fertiggestellte Breitspurbahn und die reichlich verkehrenden Autobusse für die Bewältigung des Personenverkehrs gesorgt. Das Kanalisationsnetz ist gut ausgebaut. Während die Versorgung mit Trinkwasser sehr mangelhaft ist. Trotz vielfacher Beschwerden von seiten der Einwohnerschaft hat man bis jetzt zur Beseitigung dieesr Kalamität, so viel wir gar nichts unternommen. Außer elektrischem Licht wird die Gemeinde noch mit Gas versorgt. Die Gemeinde besitzt zwei Verwaltungsgebäude, mehrere Wohnhäuser, sechs Schulgebäude, wovon in dem einen Gebäude das Militär untergebracht ist. Eine der neuen Zeit entsprechende Schule befindet sich im Bau. Mit der langsamen und zeitweisen Einstellen der Arbeiten, ann noch lange auf die Fertigstellung der Schule gerechnet werden. Weiter besitzt die Gemeinde eine Badeanstalt und eine mechanische Bäckerei genannt „Manna". Diese Einrichtungen, die angeblich zum Wohle der hiesigen Einwohnerschaft geschaffen sind, lassen viel zu wünschen übrig. Besonders die Badeanstalt ist mit ihren hohen Eintrittspreisen den Armen nicht zugänglich. Was die Einrichtung der Mannabäckerei anbelangt, so ist schon viel von ihr berichtet worden. Ferner besitzt die Gemeinde noch ein Feuerwehrdepot mit einer Motorspritze, die zugleich auch als Sprengwagen benutzt werden kann. Mit der Bautätigkeit der Gemeinde ist es sehr schlecht bestellt. Die allgemeinen sozialen Verhältnisse treten seit der Verschärfung der Wirschaftskrise sehr kraß zu Tage. Immer sehen sich die Arbeiter und Angestellte dem Abbau und Hungergespenst gegenüber, das Heer der Erwerbslosen geht schon in die tausende, von denen ein großer Teil keine staatliche Unterstützung bezieht und ausschließlich auf Wohlfahrtsmaßnahmen der Gemeinde angewiesen ist. Zum Schluß sei noch zu bemerken, daß die Direktion der Mannabäckerei daran geht, den ohnehin schon kläglichen Lohn der Arbeiter zu kürzen. Hier lassen wir die Vertreter der Bäckereikommission sprechen.

Pleß und Umgebung

Gostyn. (Geschäftseinbruch.) Zur Nachtzeit wurde in das Geschäft des Kaufmanns Jan Baron in der Ortschaft Gostyn ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort u. a. Wäsche sowie Bekleidungsstücke, im Werte von rund 1000 Zloty. x.

Swierczynca. (Scheunenbrand.) In der Scheune des Landwirts Franz Swierkott in der Ortschaft Swierczynca, Kreis Pleß, brach Feuer aus, durch welches die Scheune, mitsamt den landwirtschaftlichen Maschinen, vernichtet wurde. Der Brandschaden wird auf 5500 Zloty beziffert. Der Geschädigte war mit 4000 Zloty versichert. x.

Bielitz und Umgebung

Jugendgenosse Bilitza tot.

Montag nachmittags erreichte uns die traurige Kunde vom Tode des Jugendgenossen Bilitza. In voller Rüstigkeit und Gesundheit unternahm er mit mehreren Jugendgenossen am vergangenen Sonntag einen Ausflug ins Gebirge. Der Weg führte sie über Straconka nach Miedzybrodzie bis zur Sola. Nach kurzer Rast gelüstete es die Jugendgenossen im klaren Solawasser ein Bad zu nehmen. Jugendgenosse Bilitza, der des Schwimmens nicht recht kundig war, wagte sich an eine sehr tiefe Stelle, wo ihn der Wirbel erfaßte und ihn in die Tiefe zog. Es gelang ihm nicht, sich herauszuarbeiten und mußte ertrinken. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß er einen Herzschlag erlitt, da er herzleidend war. Der Dahingegangene stand im 24. Leebnsjahre.

Dies dürfte für alle Ausflügler eine ernste Warnung sein, daß an unbekannten und tiefen Stellen gebadet werden soll, wenn man obendrein des Schwimmens nicht kundig ist. Es sollten aber solche gefährliche Stellen ganz besonders durch Warnungstafeln ersichtlich gemacht werden. Der heimgesuchten Familie sprechen wir auf diesem Wege das herzlichste Beileid aus. Dem so auf tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Jugendgenossen werden wir ein ehrendes Angedenen bewahren.

Verein Arbeiterheim in Straconka. Dieser Verein gibt bekannt, daß er im eigenen Heim auch eine Restauration besitzt. Ein schöner lichter Saal steht den Gästen zur Verfügung. Ein Billard steht ebenfalls zur Disposition. Rasche und reelle Bedienung wird zugesichert. Die Ausflügler und Touristen werden ersucht, bei Gebirgspartien auch der Restauration des Vereins Arbeiterheim in Straconka einen Besuch abzstatten.

Henry Ford und das Lohnproblem.

Im Paul-List-Verlag in Leipzig erschien kürzlich von Henry Ford „Und trotzdem vorwärts" (geheftet 6 Mk., gebunden 10 Mk.), in dem der amerikanische Industrielle die Erfahrungen bespricht, die in seinen Fabriken gemacht wurden, und in dem er auch in einem besonderen Kapitel auf das Problem der Löhne und Preise eingeht. Wir geben daraus nachstehend einige Sätze wieder. Wer eingehender über die Stellung Fords zur Lohnfrage unterrichtet sein will, sei auf das genannte Buch verwiesen.

Wenn Maschinen einen Wert für den Menschen haben sollen, müssen sie mehr leisten als nur Waren herstellen. Sie müssen ein schöneres und reicheres Leben schaffen und den Menschen von den Verhältnissen der guten alten Zeit erlösen, als er noch vom Morgengrauen bis in die Nacht hinein arbeiten mußte, um sich einen kärglichen Lebensunterhalt zu verdienen.

*

Löhne haben durch Aufrechterhaltung des Verbrauches eine umfassende soziale Wirkung. Der Verbrauch hält die Industrie aufrecht, und die Industrie sorgt für Arbeit. Ist das Lohnglied in der Kette schwach, bricht die Kette, und die ganze Maschine kommt zum Stillstand.

*

Nach unserer Ueberzeugung ist die Regulierung der Löhne entsprechend den Lebenskosten nur ein Mittel, eine Art Sklaverei zu schaffen. Diese Methode ist von Grund auf unlogisch, denn der Maßstab, mit dem man sie mißt, wird dabei in Abhängigkeit gesetzt zu den messenden Dingen, das heißt, der Lebensstandard wird in erster Linie durch die Löhne bestimmt, diesen Lebensstandard wiederum zum Maßstab des Lohnes zu machen, den man zu zahlen geneigt ist, heißt einfach einen neuen circulus vitiosus erfinden.

*

Arbeit und hohe Löhne sind untrennbar miteinander verknüpft; daß ein Konzern, der an eine größere Anzahl Arbeiter niedrige Löhne zahlt, eine öffentliche Gefahr, ein positives Hindernis für den wirtschaftlichen Fortschritt ist.



Das Gefallenen-Denkmal für die deutschen Kraftfahrtruppen

In Berlin-Potsdam wurde das Denkmal für die im Weltkriege gefallenen Kameraden der deutschen Kraftfahrtruppen eingeweiht.

Die politische Diktatur zugleich eine Wirtschaftsfrage

Eine „merkwürdige" zwiespaltige Logik hat dieser Kapitalismus. Er verdient gerne und viel. Er steigert gerne seine Profite. Darin kennt er keine Grenzen.

Die amerikanischen Kapitalisten hatten gar keine Bedenken, als es galt, ihre Geschütze und sonstige Rüstungsartikel an die Ententestaaten zu verkaufen und große Gewinne zu erzielen.

Jetzt aber, als ganz Europa bei den amerikanischen Finanzmagnaten bis über die Ohren verschuldet ist, der Absatz amerikanischer Ware in Europa auf Hindernisse stößt, denn Europa ist verarmt, in weiterer Sicht die Unmöglichkeit der Verzinsung noch mehr der Rückzahlung der in Amerika gemachten Schulden zu erblicken ist, jetzt stört den Amerikaner Jenky die Rüstungswut Europas.

Jenky, der Wirtschaftsforscher, schüttelt bedenklich mit dem Kopf ob der Rüstungsausgaben Europas und sagt den Europäern: Das ist doch ein wenig zu stark. Ihr könnt ja rüsten. Aber im Vergleich mit den Rüstungsausgaben der Vorkriegszeit sind die jetzigen um 60 Prozent gestiegen. Kinder! Haltet Maß!. Denn bald werdet ihr bei mir nicht mehr kaufen und was noch schlimmer ist, meine Darlehen weder verzinsen noch zurückzahlen können.

Jenky ist sehr besorgt. Er wünscht ein Nachlassen der Rüstungen... seiner eigenen Profite wegen.

Aber in Europa haben sich in mehreren Staaten Diktaturen breitgesetzt. Die Stütze der Diktatur bildet der Machtapparat.

Die Diktatur muß über ein festgefügten, verläßlichen Verwaltungsapparat verfügen.

Sie muß eine stramme Polizei haben.

Sie dünkt sich als die einzige Trägerin der Großmachtidee und baut das Militär aus.

Das alles kostet Geld. Viel Geld. Die Technik auf dem Gebiete des Kriegswesens ruht nicht. Sie erfindet immer neue, gediegenere Mordinstrumente. Wer nicht zurückbleiben will, muß die „vollkommendsten" Kriegsinstrumente anschaffen. Ins Grenzenlose steigen die Rüstungsausgaben. Milliarden Dollar verschlingen sie jährlich in Europa.

Jenky empfiehlt Sparsamkeit.

Der Völkerbund organisiert von Zeit zu Zeit interstaatliche Aussprachen wegen allgemeiner Abrüstung. Bis nun haben alle diese Konferenzen fehlgeschlagen. Es wird unaufhaltsam weiter gerüstet.

Jenky ist unzufrieden. Aber die politische Diktatur hat ihre Logik, geht ihre Wege. Sie steht und lebt, solange sie die bewaffneten Machtorgane besitzt. Sie kann auf den Ausbau ihrer Machtmittel nicht verzichten. Nicht einmal zeitweise. Sonst fällt sie, während sie am Ruder bleiben will. Unter allen Umständen, auch auf Kosten der Wirtschaftserfordernisse.

Die Wirtschaft von heutzutage erfordert eben mit aller Entschiedenheit die Organisierung

von produktiven Investitionsarbeiten.

Hunderttausende Hände und Köpfe rufen verzweifelt nach Arbeit. Aeußerste Verzweiflung herrscht in Arbeitslosenkreisen. Es könnte einem Teile von ihnen eine leidliche Existenz ermöglicht werden, wenn beispielsweise bei uns die Rüstungsausgabe um ½ Milliarde verringert und dafür öffentliche Arbeiten organisiert würden.

Die politische Diktatur ist für solche Ideen nicht zugänglich.

So wird sie zugleich eine Wirtschaftsfrage, denn sie verschlingt für unproduktive Zwecke jene Kapitalien, die erfolgreich für den Wohlstand des Volkes, für die Linderung des Elends verwendet werden könnten.

In normalen Zeiten, wenn jeder sein bescheidenes Brot sich verdient, sind die Auswirkungen der politischen Diktatur nicht so sichtbar, wie in Zeiten der Krise.

Jetzt sieht es wohl Jedermann.

Die politische Ditatur ist kostspielig. Sie verschlingt Gelder, die dem allgemeinem Wohlstande dienen könnten.

Die Wirtschaftskrise erbittert jene, die unter ihrem Drucke leiden. Die Wirtschaftskrise lehrt: die politische Diktatur müsse auch aus wirtschaftlichen Gründen beseitigt werden.

Sind Pensionen der Staatsangestellten ein Geschenk oder Almosen des Staates?

Schon vorher hat der gewesene Finanzminister Oberst Matuszewski über die Pensionen der Staatsangestellten die Aeußerung getan, daß der polnische Staat nicht verpflichtet ist, den Altpensionisten Pensionen zu zahlen, weil diese nicht in Polen, sondern in den früheren Okkupationsstaaten gedient haben. Diese Staaten sind zerfallen und bankrottiert, und von Bankrotteuren kann man nichts verlangen. Polen ist nach Meinung des Finanzministers nicht verpflichtet, die Schulden der bankrott gewordenen Staaten, also auch die Pensionen zu zahlen und wenn es dies trotzdem tut, so sei dies eine Gnade (!?). In demselben Sinne hat sich auch der neue Vize-Minister Starzynski vor seinen Sejmkollegen im B. B.-Klub ausgesprochen. Herr Starzynski sagte unter anderem, daß die Pensionen den Betrag von 280 Millionen jährlich erfordern und dieses Geld, welches nichts einbringt, den Staat stark belastet. Der Staat besteht erst 12 Jahre und zahlt Pensionen an Beamten, die 37 Jahre gedient aben. **Die früheren Staaten haben die Pensionsbeiträge eingesteckt und der polnische Staat hat davon nichts bekommen, muß aber die Pensonen zahlen.**

Um zu beweisen, wieviel Wahrheit in dieser Behauptung steckt, wollen wir einen Artikel aus dem Beamtenblatt „Jednosc", welches sich „parteilos" (bezpartyjny) nennt, also bestimmt der Sanacjarichtung angehört, dem aber die letzten Maßnahmen der Regierung, d. i. der 15prozentige Gehalts- bezw. Pensionsabbau der Staatsangestellten stark unter die Nase gefahren sind, anführen.

Unter dem Titel: **„Die Pensionen sind kein Almosen, man darf sie nicht beschneiden oder wegnehmen", schreibt** dieses sonst regierungsfreundliche Organ, indem es sich gegen die obigen Ausführungen des Finanzministers wendet, folgendes: „Der Herr Finanzminister hat durch seine Ausführungen die Gültigkeit der geschlossenen und durch den Sejm ratifizierten internationalen Friedensverträge, durch welche diese Angelegenheiten geregelt wurden, verneint. Als Beispiel führen wir das durch den Krieg am meisten ruinierte Oesterreich an, welches im Art. 273 des Vertrages von St. Germain, als sich in den späteren Konventionen, welche in Rom und in Wien vereinbart wurden, die Rechte der Pensionisten gesichert hat. Die erst im Jahre 1930 ratifizierte und im Dz. U. R. P. Nr. 8 vom 31. 1. 1931 veröffentlichte Wiener Konvention registriert auf Seite 78 bis 83 das ganze Riesenvermögen des Eisenbahn-Pensionsfondes des früheren Oesterreich, **welcher als Privateigentum seiner Mitglieder, der Eisenbahnbediensteten im Jahre 1923 unberührt verblieben ist** und zur Erfüllung der ihnen und ihren Familien gegenüber übernommenen statutarischen Versicherungspflichten zu dienen hat.

Dieser Fonds betrug, außer der vielen öffentlichen und Wohngebäude, welche einen kollossalen [illegible] darstellen, **36 240 190 179 Kronen in Gold.** Bei [illegible]teilung hat Polen davon zwar nur 13 Prozent (die [illegible]wakei sogar 67 Prozent) erhalten, aber auch dieser Betrag hat eine ansehnliche Summe von **4 Milliarden, 311 Millionen 224 Tausend 722 Kronen in Gold** ausgemacht, wobei noch gegen 100 Wohngebäude in ganz Galizien zurückgeblieben sind. Dieser Barbetrag wurde pupilarsicher in Wertpapieren angelegt und keinem Risiko eins Bankrotts ausgesetzt. Wenn wir von diesem Betrage nur 6 Prozent jährlich an Zinsen beziehen würden, so würde diese Einnahme **258 Millionen 673 Tausend 483 Kronen in Gold** und auf Grund der "Lex Zoll" zu 10 Prozent des früheren Wertes gerechnet noch immer **25 867 348 Zloty ausmachen.** Dabei wäre noch der Zinsertrag von 100 Wohngebäuden hinzuzurechnen.

Polen zahlt bei den Bahnpensionisten nicht nur nichts zu, sondern es wurde auf Grund der verlangten Erklärungen von den Pensionisten zum **Eigentümer dieses Fonds und der Realitäten.**"

Angesichts einer solchen Sachlage, wagt es die Regierung von einer Gnade gegenüber den alten ausgedienten Staatsangestellten, die ohnedies schon im Aussterben begriffen sind, zu sprechen. Wäre ein solcher Fond auch nicht vorhanden gewesen, so ist der Staat trotzdem verpflichtet, für diese Menschen zu sorgen, weil sie ihre Kraft und Gesundheit doch auf polnischer Erde zum Wohle dieses wieder erstandenen Staates geopfert haben und es nicht ihre Schuld ist, daß dieser Staat damals unter Fremdherrschaft gestanden ist.

Werden die Staatsangestellten aus diesem Vorgehen die richtige Lehre ziehen und einsehen, daß es notwendig ist, sich im Kampfe um die Beseitigung dieses herrschenden Systems mit der Arbeiterschaft zusammenzuschließen? Leider haben sie bisher dieses System gestützt.

Es ist einfach Zeit- und Geldverschwendung, eine kunstvoll eingerichtete Fabrik zu errichten und dann zu glauben, daß man sie mit schlecht bezahlten Arbeitern führen könne.

*

Die Löhne der Arbeiter sind für das Land wichtiger als die an Aktionäre zur Ausschüttung gelangenden Dividenden.

*

Die einzig wirksame Politik ist jene, die auf höhere Löhne und niedrigere Gestehungskosten drängt; in dieser Hinsicht haben wir noch einen weiten Weg vor uns, denn alles in unserem Lande ist viel zu hoch bewertet, mit Ausnahme der Löhne.

*

Ein Arbeitgeber hat nur dann das Recht, von einem Mann zu verlangen, daß er intelligente Arbeit leistet, wenn er für die aufgewandte Intelligenz bezahlt. Gute Arbeit muß entsprechend entlohnt werden.

Wo die Pflicht ruft!"

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Dienstag, 9. Juni, abends 7 Uhr, Gesangsstunden bei Tivoli.
Mittwoch, 10. Juni, abends 7 Uhr, Mädchenhandarbeit.
Donnerstag, 11. Juni, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlg.
Freitag, 12. Juni, 6.30 Uhr abends, Musikprobe f. Anfänger.
Samstag, 13. Juni, 5 Uhr nachm., Badetour n. Miedzybrodzie.
Sonntag, den 14. Juni, Badetour. Die Vereinsleitung.

Bielitz. (Frauenorganisation.) Am Dienstag, den 9. Juni l. J. findet um 6 Uhr abends im kleinen Arbeiterheimsaal die fällige Monatsversammlung der Frauensektion statt. Genossinnen, erscheinet alle und pünktlich.

Ratifikationsurkundenaustausch zu einem deutsch-polnischen Fischereiabkommen

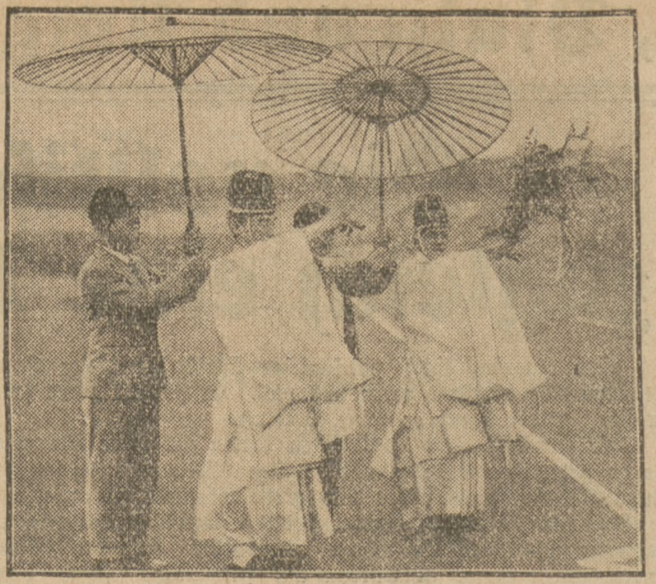
Berlin. Die Ratifikationsurkunde zum deutsch-polnischen Abkommen über die Fischerei in den Grenzwasserläufen und Grenzgewässern sind am 28. Mai 1931 in Warschau ausgetauscht worden. Das Abkommen und das Schlußprotokoll werden demnach gemäß Artikel 22 des Abkommens am 27. Juni 1931 in Kraft treten.

Der Streit um die Klagemauer gelöst

London. Der von der britischen Regierung mit der Lösung der Frage, ob die Klagemauer Eigentum der Mohammedaner oder der Juden sei, betraute Ausschuß hat seinen Bericht vorgelegt. Hiernach sind die Mohammedaner alleinige Eigentümer der Mauer. Die Juden haben jedoch jederzeit unter gewissen Bedingungen zu der Mauer Zugang, um dort zu beten.

Hoover und Stimson beraten

Neuyork. Wie aus Washington gemeldet wird, hatten Hoover und Stimson wiederum eine längere Besprechung, die sich, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nur mit der durch den Aufruf der Reichsregierung und den Chequers-Besuch geschaffenen Lage befaßte. Sowohl das Weiße Haus wie auch das Außenamt lehnten jedoch jede Aeußerung ab.



Stadion-Weihe in Japan

In Tokio wurde kürzlich ein Riesenstadion fertiggestellt, das auch einen großen Baseballplatz besitzt. Auf dieser Stätte des modernsten Sportes schritten Shinto-Priester und sprachen Worte der Weihe.

Brahms und Feuerbach

Johannes Brahms und Anselm Feuerbach, der große Komponist und der große Maler, weisen bei aller Gegensätzlichkeit ihres Naturells in ihrer Kunst gewisse wesensverwandte Züge auf. Ueber die interessanten Beziehungen der beiden zueinander berichtet ein Aufsatz von Dr. Konrad Huschke in der Monatsschrift „Die Kunst."

Brahms lernte den großen Maler im Jahre 1867 bei Klara Schumann in dem Baden-Badener Vorort Lichtenthal kennen und trat von da an mit einer feurigen Hingabe, die bei ihm selten war, für Feuerbach ein. Der Vermittler zwischen beiden war Allgeyer, ein aufopfernder Freund Feuerbachs und großer Verehrer Brahms', der sich später glücklich pries, „im Lichte dieses schönen Doppelgestirns" sein Dasein verbracht zu haben. Brahms wußte den federgewandten Allgeyer zu bestimmen, einen großen Aufsatz über den gegen Gleichgültigkeit und Feindschaft schwer ringenden Künstler zu schreiben; weitere Aufsätze folgten, und aus ihnen entstand dann die Feuerbach-Biographie Allgeyers, die noch heute das grundlegende Werk über den Meister ist. Doch nicht nur seinen Biographen regte Brahms an, sondern er griff auch noch entschiedener in Feuerbachs Leben ein. Durch ihn wurde der einflußreiche Schöpfer des „Oesterreichischen Museums", Hofrat von Eitelberger, für Feuerbachs Kunst gewonnen und dazu gedrängt, für die Berufung des Künstlers nach Wien sich einzusetzen. So erhielt denn, letzten Endes durch Brahms' Eingreifen, der Maler den glänzenden Ruf als Professor nach Wien, über den er zunächst so glücklich war. Aber auch hier sollte die Tragik, die tief in seinem Wesen lag, sein Leben bald verdüstern.

Brahms, den Feuerbach in Wien sofort aufgesucht hatte, wollte sich von dem Freunde malen lassen, während er bis dahin hartnäckig derartige Anträge abgelehnt hatte. Die Sitzungen begannen, und mehr als einmal kletterte Brahms die vielen Treppen zu Feuerbachs Atelier hinauf. Da erzählte ihm der Künstler, daß er zunächst seine zwei großen Werke, das „Gastmahl des Plato" und die „Amazonenschlacht", in Wien ausstellen wolle. Brahms, der sich selbst so langsam bei dem wankelmütigen Wiener Publikum durchgesetzt hatte, wußte genau, daß man diese Gemälde nicht verstehen und ablehnen werde, und riet ihm, die Gunst der Wiener zunächst durch weniger schwere Werke zu gewinnen. Mit dieser wohlgemeinten Warnung aber hatte er die empfindliche Künstlerseele Feuerbachs verletzt. Er war auf Tage verstimmt und schrieb an die Mutter empört: „Brahms hat mir wieder einen Abend verdorben."

Er stellte das Porträt beiseite, und auch als dann die Beziehungen wieder freundschaftlich wurden, nahm er die Arbeit nicht auf. So ist nur eine Karikatur von Brahms von der Hand Feuerbachs entstanden, aber auch sie ist verloren gegangen. Brahms hat es tief bereut, den Freund nicht zur Vollendung des Bildnisses gebracht zu haben; er hat seitdem nie mehr einem Maler, auch Lenbach nicht, gesessen.

Was er dem Künstler prophezeit, traf ein. Feuerbachs Ausstellung wurde mit Hohn und Spott aufgenommen, und seelisch wie körperlich gebrochen, flüchtete der Meister nach dem Süden. Brahms half, wo er konnte, und kämpfte auch unermüdlich weiter gegen den stets wachsenden Trübsinn Feuerbachs. „Ich suche ihn oft in seinem Hause vergebens", schrieb er an Allgeyer. „Soviel ich weiß, verbringt er viel Zeit in Wirtshäusern, wohin ich freilich nicht viel suchen gehen kann." Wenn er ihn traf, so brachte er ihn an den fröhlichen Stammtisch bei Gause, wo Künstler, Gelehrte und Schriftsteller verkehrten, und dort wurde Feuerbach noch manchmal froh, ließ sich besonders gern durch die Musik des Freundes die Schatten von der Seele verscheuchen. Als er einsam in Venedig gestorben war, hinderte Brahms seine ungeheure Erschütterung sogar daran, der Mutter ein Zeichen der Teilnahme zu senden. Aber im Gedenken an den Freund schuf er nicht lange danach ein Meisterwerk, nämlich die Vertonung von Schillers „Näni", deren Stil dem Geiste Feuerbachs so nahe verwandt ist. „Ich habe in der letzten Zeit das Gedicht „Nänie" für Chor und Orchester komponiert" schrieb er an Heriette Feuerbach. „Gar oft mußte ich, wenn mir die schönen Worte durch den Sinn gingen Ihrer und Ihres Sohnes gedenken, und ich empfand unwillkürlich den Wunsch, meine Musik seinem Gedächtnis zu widmen. Damit dies ein äußeres Zeichen habe, erlaube ich mir die Frage, ob ich das Stück, falls ich es veröffentliche, Ihnen zueignen darf. Es ist möglich, daß Sie das nicht wünschen, ja sogar nicht gerade gern an mich erinnert sind, denn u. a. haben Sie in einer Zeit, in der Ihnen gewiß viele Zeichen der Teilnahme wurden, von mir kein Wort gehört. Und doch werden wenige herzlicher Ihrer gedacht haben und gewiß wenige Ihren herrlichen Sohn ernstlicher verehren als ich." Frau Feuerbach nahm an und hörte in Berlin unter Joachim im Jahre 1886, als sie Brahms zum letztenmal sah, die „Nänie" erklingen, die ihrem großen Sohn geweiht war.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Mittwoch. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16: Kinderstunde. 16,30: Schallplatten. 16,50: Vortrag. 17,10: Konzert. 17,35: Vortrag. 18: Nachmittagskonzert. 19: Vorträge. 20,30: Abendkonzert. 22,30: Tanzmusik. 23: Vortrag (franz.).

Warschau — Welle 1411,8

Mittwoch. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16: Kinderstunde. 16,50: Vorträge. 18: Orchesterkonzert. 19: Vorträge. 20,30: Unterhaltungskonzert. 22,30: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.

Mittwoch, 10. Juni. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Frühkonzert auf Schallplatten. 15,20: Elternstunde. 16: Vorlesung. 16,15: Oberschlesische Volkslieder. 16,45: Unterhaltungs- und Tanzmusik. 17,15: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Der „Oberschlesier" im Juni. 17,35: Unterhaltung- und Tanzmusik. 18,10: Flugsport in Oberschlesien. 18,30: Schutz den Tieren. 18,50: Kreuz und quer durch Oberschlesien. 19: Wettervorhersage; anschließend: Instrumentalkonzert auf Schallplatten. 20: Wettervorhersage; anschließend: Zur Bekämpfung der Massenarbeitsnot. 20,30: Aus Berlin: „Die Schlacht am Schwarzen Freitag". (Ein Hörstück). 21,45: Jungradler heraus! 22,10: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,30: Kabarett auf Schallplatten. 24: Funkstille.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

Bielschowitz. (Gemeinsame Vorstandssitzung.) Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr, Vorstandssitzung der D. S. A. P. und des Bergarbeiterverbandes beim Gen. Kontnik daselbst.

Arbeiterwohlfahrt.

Königshütte. Dienstag, den 9. Juni, abends 7½ Uhr, Monatsversammlung im Büfettzimmer des Volkshauses. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Metallarbeiter.

Kattowitz. (D. M. V.) Am Dienstag, den 9. Juni 1931, nachmittags 6½ Uhr, findet eine Ortsvorstandssitzung statt. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Dienstag, den 9. Juni: Ernster Abend.

Mittwoch, den 10. Juni: Mädchenabend.

Donnerstag, den 11. Juni: Spiele im Freien, „Sprechchorprobe".

Freitag, den 12. Juni: Kampfliederabend.

Sonnabend, den 13. Juni: Rote Falken.

Sonntag, den 14. Juni: Bezirkstreffen in Emanuelssegen. Abmarsch 5 Uhr früh vom Volkshaus.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.